

SPD und Grüne
in NRW weiter
ohne Mehrheit

DÜSSELDORF (RP) Nach einer neuen Umfrage zur Landtagswahl am 14. Mai bleibt Rot-Grün ohne Mehrheit. Die SPD erreicht in der jetzt veröffentlichten Befragung des Instituts Insa für „Bild“ 37 Prozent, die Grünen kommen auf sechs Prozent. Die CDU könnte mit 28 Prozent rechnen, die FDP mit zehn Prozent. Ebenfalls zehn Prozent erreicht die AfD. Die Linke müsste mit fünf Prozent um den Einzug in den Landtag bangen. Neben einer großen Koalition von SPD und CDU würde nach diesem Ergebnis eine Ampelkoalition von SPD, FDP und Grünen über eine Mehrheit im Düsseldorfer Landtag verfügen. Ein solches Regierungsbündnis hat die FDP aber kategorisch ausgeschlossen.

MELDUNGEN

Senioren und Laschet
geben sich versöhnlich

ESSEN (hüw) Nach heftigen Querelen stehen die Zeichen bei der Senioren Union NRW und CDU-Chef Armin Laschet auf Versöhnung. Die Senioren Union (SU) fühlte sich bei der Listenaufstellung für die Landtags- und Bundestagswahl benachteiligt. Außerdem war sie empört darüber, dass keiner von ihnen den Bundespräsidenten mitwählen durfte. Laschet räumte gestern vor der SU in Essen ein, dass dies ein Fehler gewesen sei. „Das können wir demnächst besser machen.“ Der Landesvorsitzende der SU, Leonhard Kuckart, betonte ebenso wie Laschet, die CDU sei die Partei, die sich um die Senioren kümmere.

FDP will von Duin klares
Wort zur CO-Pipeline

DÜSSELDORF (RP) Im Streit um die CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld fordert die FDP eine Klarstellung von Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD). „Wieso hört man von ihm nichts dazu? Hier zeigt sich wieder einmal, wer in der Landesregierung das Sagen hat, wenn es um Wirtschaftspolitik geht“, sagte FDP-Generalsekretär Johannes Vogel unserer Redaktion. Er warf Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) vor, die Pipeline aus ideologischen Gründen abzulehnen.

SERIE FLUSSFAHRT NRW

Die fremde Wählerschaft

Jeder achte Wähler in NRW hat einen Migrationshintergrund. Eine große Wählergruppe, die bislang vernachlässigt wurde. Dabei könnten die Parteien gerade dort noch Stimmen gewinnen. Welche Parteien wählen Zuwanderer?

VON LISA KREUZMANN

KÖLN Meral Sahin sitzt in ihrem Deko-Geschäft an der Keupstraße umgeben von Papierrosen, Perlen und Paillettenbändern und verziert ein Silbertablett. Auf dem serviert sie, was ihr in den Kopf kommt. Klar formuliert und fein verpackt.

Die Vorsitzende der Interessengemeinschaft Keupstraße ist sauer. Jahrelang hat sie sich für das Zusammenleben von Deutschen, Türken und Deutsch-Türken eingesetzt. Und jetzt, da Erdogan in Deutschland Wahlkampf macht, soll das gute Verhältnis plötzlich dahin sein? Ostersonntag entscheidet sich, ob der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan noch mehr Macht bekommen soll – gewählt wird auch in Deutschland. Und das stiftet Unfrieden. Engagieren sich die Deutsch-Türken mehr für ihr Herkunftsland als für ihre Wahlheimat Deutschland? Sind Menschen mit Migrationshintergrund unpolitisch, wenn es um die Politik in Deutschland geht?

Eine Untersuchung des Sachverständigenrats für Integration und Migration von vergangenen Jahr hat ergeben, dass sich Zuwanderer nicht weniger für die Parteien in Deutschland interessieren. Worin sie sich unterscheiden, sind ihre Parteipräferenzen. Demnach wählen Zuwanderer mit 40,1 Prozent mehrheitlich die SPD. An zweiter Stelle steht die Union mit 27,6 Prozent, gefolgt von den Grünen (13,2 Prozent) und der Linken (11,3 Prozent). Die Türkeistämmigen als größte Migrantengruppe wählen mit knapp 70 Prozent sogar mit einer starken Mehrheit die SPD. Die Spätaussiedler und Aussiedler bevorzugen laut Studie die Union (45,2 Prozent). Ebenso wie EU-Neuzuwanderer aus Osteuropa.

Immerhin jeder achte Wähler in NRW hat laut Statistischem Landesamt einen Migrationshintergrund. Eine große Wählergruppe, die bislang vernachlässigt wurde. Dabei könnten die Parteien durch eine direktere Ansprache gerade dort noch Wählerstimmen gewinnen, sagt



„Du bist nur interessant, wenn du etwas geben kannst, nämlich deine Stimme“, sagt Meral Sahin. Sie hat einen deutschen Pass und darf wählen.

FOTO: REICHWEIN

Wahlforscher Achim Goerres von der Uni Duisburg-Essen. Aus seiner bisherigen Forschung weiß er: „Es könnte durchaus sein, dass Migranten-Wähler als solche abgeholt werden wollen.“ Aber im Grunde wisse man über die fremde Wählerschaft viel zu wenig. Nur, dass sie für die Parteien immer wichtiger würde.

Eine Einsicht, die die Parteien nur langsam erreicht. Als CDU-Chef Armin Laschet 2005 erster deutscher Integrationsminister wurde, musste er seine Kollegen erst noch davon überzeugen, dass junge Zuwanderer in Deutschland gebraucht würden. Laschet selbst hat seitdem viele Freunde in der türkischen Community. In der CDU nennt man ihn deshalb auch „Türken-Armin“.

Neuerdings kümmert sich sogar die AfD um die Einwanderer. Der NRW-Landesverband hat sein Wahlprogramm auch auf Russisch

veröffentlicht. Bei vielen Themen kommen die Aussiedler und Spätaussiedler mit dem Protest der AfD überein. Sie wünschen sich mehr Ordnung und Sicherheit, haben Angst um ihre Zukunft. Für Eugen Schmidt ist es das „Asylchaos“, das ihm Sorgen bereitet. „Es können nicht alle Menschen nach Deutschland kommen“, sagt der Initiator der Plattform „Russlanddeutsche für AfD NRW“. „Wir haben Angst um unsere Frauen, unsere Kinder und Angst vor dem Terror“, sagt er.

Auf der Keupstraße hofft man, dass die AfD bei der Landtagswahl nicht zu stark wird. „Es sind noch ein paar Wochen Zeit“, sagt Ahmet Erdogan, der Vorsitzende des Moscheeverbands in Köln-Mülheim ist. Der 46-Jährige ist außerdem SPD-Mitglied, seine Partei wählen darf er als Türke aber nicht. „Ich hätte schon lange die deutsche

INFO

Mehr als 400 Kilometer
durch das LandNoch 32 Tage
bis zur Wahl

Projekt Mehr als 410 Kilometer fahren unsere Autoren mit einem Kajak virtuell von Bonn durch Rheinland und Ruhrgebiet bis nach Ostwestfalen. Ein paar Mal müssen sie dabei den Kajak über Land tragen.

Stationen Näheres finden Sie online unter rp-online.de/flussfahrt.

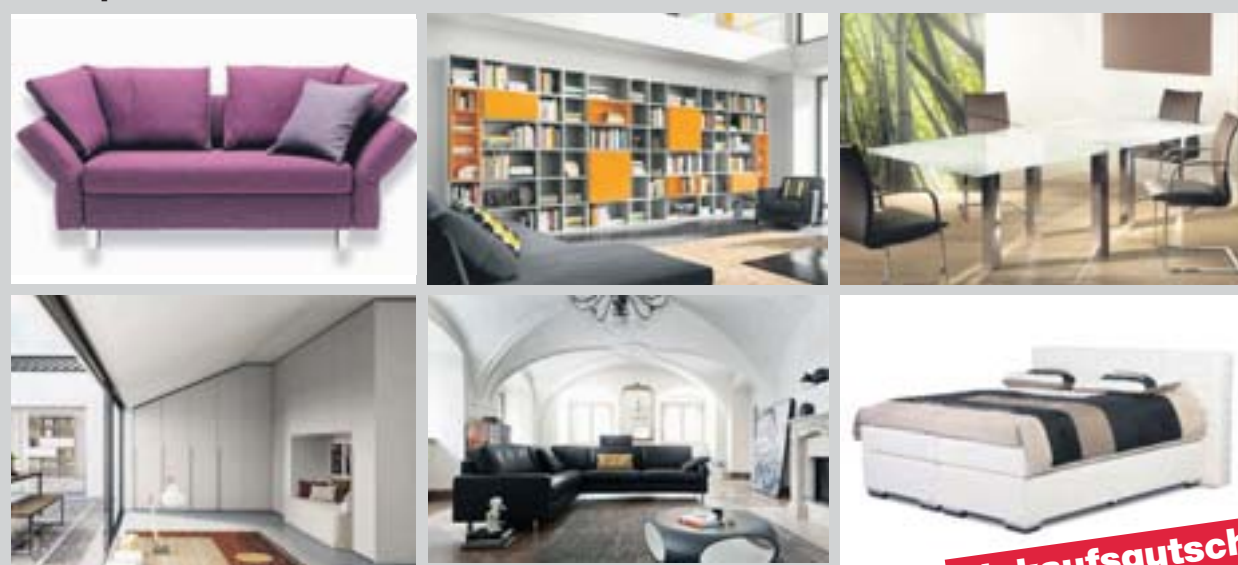
Staatsbürgerschaft annehmen können, aber ich habe gesagt, ich kann mich auch mit türkischem Pass engagieren, genauso einsetzen“, sagt er. „Das wollte ich beweisen.“

Ausländer aus Nicht-EU-Ländern wie der Türkei haben bei Landtags- und Bundestagswahlen kein Wahlrecht. Seit 1992 dürfen EU-Staatsangehörige an Kommunalwahlen teilnehmen. Erst vor wenigen Wochen sind Grüne und SPD mit dem Vorstoß gescheitert, das kommunale Wahlrecht auch auf Nicht-EU-Ausländer in NRW auszuweiten.

Eine Gesetzesänderung, die vor allem der SPD viele Stimmen hätte einbringen können. Denn darin ist man sich auf der Keupstraße einig: Die Türkeistämmigen könne man genauso für Angela Merkel oder Hannelore Kraft begeistern wie für Recep Tayyip Erdogan. Das müsse die deutsche Politik nur begreifen.

RHEINISCHE POST Neuß-Grevenbroicher Zeitung BERGISCHE MORGENPOST SOLINGER MORGENPOST RP ONLINE

Hier passt einfach alles ...



„ASW Schöner Wohnen“

seit mehr als 30 Jahren ein Begriff für die anspruchsvolle Wohneinrichtung!

Ihr Spezialist in Düsseldorf für:

- Schlafsofas
- Kleiderschränke und Wohnsysteme nach Maß
- Acrylmöbelfertigung nach Maß
- Boxspringbetten und Schlafsysteme

Einkaufsgutschein über € 1.000,-



Jetzt bis zu 50 % sparen!

Auktion der Woche

Vom 12.04. bis 16.04.2017 unter dem Hammer: Ein Gutschein für einen Einkauf (Neuauftrag) oder einen Teil Ihres Einkaufes beim Komplett-einrichter und Einrichtungsplaner „asw schöner wohnen“. Sie bieten auf einen Gutschein in Höhe von Euro 1.000,00/eine Auszahlung oder Anrechnung auf bereits bestellte Ware ist nicht möglich.

Unsere Mitarbeiter beraten Sie gerne: Mo.–Fr. von 10.00 bis 19.00 und Sa. bis 15.00 Uhr.

Der Startpreis ist Euro 500,00. Jetzt unter www.rp-auktion.de registrieren.

asw schöner wohnen
Nordstr. 12 • Düsseldorf • Tel. 02 11/4 92 13 88 • info@asw-schoenerwohnen.de

www.asw-schoenerwohnen.de
www.boxspringbetten-asw.de
www.der-schlafsofa-shop.de

Frau Löhrmann steigt um -
und das Internet ist empört

VON LAURA IHME

DÜSSELDORF Knapp einen Monat vor der Landtagswahl wird im Internet erstmals heiß über den Wahlkampf diskutiert. Allerdings geht es dabei weniger um inhaltliche Fragen, sondern darum, mit was für einem Fahrzeug Sylvia Löhrmann, Schulministerin und Spitzenkandidatin der Grünen, zu ihren Terminen reist.

Für einen Wahlkampftermin ist Löhrmann kürzlich vom Dienstwagen, einem Audi A8, ins Toyota-Hybrid-Auto ihrer Partei umgestiegen. Fotografiert wurde sie dabei von CDU-Politiker Thomas Eusterfeldhaus, der das Foto auf Twitter und Facebook veröffentlichte und kommentierte: „Grüne Doppelmoral: erst mit dem dicken Audi A8 fahren und dann für den Wähler schnell umsteigen ins umweltfreundliche Hybrid-Auto.“ Mehr als 12.000 Mal wurde der Beitrag bis gestern Abend auf Facebook und Twitter geteilt und kommentiert – vonseiten der Union vor allem kritisch, von vielen weiteren Nutzern jedoch zugunsten der Ministerin. Auch Löhrmann erklärte auf Twitter, mit dem Umstieg ihre Rollen als Ministerin und der Spitzenkandidatin zu trennen. „Daraus einen Vorwurf zu konstruieren, ist absurd und populistisch. Die CDU, aus deren Reihen das kam, schadet damit der Politik insgesamt“, teilte sie mit.

Die Vorwürfe aus der Opposition gingen aber noch weiter: Warum sie im Dienst kein umweltfreundliches Hybrid-Auto nutze, wollte Thomas

Eusterfeldhaus wissen. Die Automobilindustrie sei noch nicht so weit, konterte Löhrmann. Tatsächlich hat sie laut Schulministerium Hybrid-Fahrzeuge im Dienst getestet. Mit bis zu 60.000 Kilometern pro Jahr, die die Ministerin auf Reisen zurücklegt, sei der Spritverbrauch dieser Autos aber viel höher gewesen als beim Audi. Frau Löhrmann stieg um.

Derzeit nutzen im NRW-Kabinetts lediglich zwei Minister Hybrid-Autos: Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) ist im Dienst mit einem Modell von BMW unterwegs, Franz-Josef Lersch-Mense (SPD) als Chef der Staatskanzlei mit einem Mercedes-Hybrid.

Mit Humor nahmen derweil viele Parteikollegen Löhrmanns die Diskussion: Sie veröffentlichten unter dem Hashtag „#LöhrmannSteigtUm“ Fotomontagen, die das Umsteigen auf Raketen und Pferde zeigten.



Der Umstieg.

FOTO: EUSTERFELDHAS